

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **02.05.2017**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 21.03.2017**
- 4. Antrag der SPD-Fraktion auf Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung**
- 5. Veräußerung der Hofstelle Altmarienhausen
Vorlage: 070/2017**
- 6. Rückführung der personellen Ausstattung des Jugendzentrums
(Wiederbesetzungssperre)**
- 7. Überführung der Seniorenarbeit zu ehrenamtlicher Tätigkeit - Kooperation mit der evangelischen Kirche prüfen**
- 8. Reduzierung der Verwaltungstätigkeit im Bereich Tourismus und Kultur
Vorlage: 072/2017**
- 9. Nutzung der freiwerdenden Arbeitskraft zur Deckung der 2,5 Fehlstellen - Reorganisation der Verwaltung**
- 10. Abschaffung defizitärer Veranstaltungen
Vorlage: 071/2017**
- 11. Einführung von Parkplatzgebühren am Bahnhof zur Deckung des laufenden Unterhalts
Vorlage: 067/2017**
- 12. Erarbeitung eines Leistungskatalogs zur Auftragsvergabe (z. B. Winterdienst, Rasenpflege etc.)
Vorlage: 069/2017**

- 13. Betrieb der Bibliothek einschränken**
Vorlage: 064/2017
- 14. Betriebsmodell Sozialstation**
Vorlage: 066/2017
- 15. Entscheidung über die Betriebsform der Kläranlage**
Vorlage: 068/2017
- 16. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Frank David
Ratsherr Christian Fiedler fehlt entschuldigt
Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Beigeordnete Kirstin Pöppelmeier Vertretung für Herrn Ratsherr Christian Fiedler

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Merle Mänz

Zuhörer/in

Ratsfrau Susanne Bruckner-Groß

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachangestellte Sandra als Schriftführerin
Löschen

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 21.03.2017**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Antrag der SPD-Fraktion auf Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung**

Die SPD-Fraktion stellte ihre auf ihrer Klausurtagung beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vor, die von der Verwaltung geprüft werden sollen:

1. *Die Verwaltung beantragt Fördermittel beim Nds. Wirtschaftsministerium für die Erschließung des Gewerbegebietes „Bahnhofstraße“.*

Durch viele Investitionen ist die Attraktivität des Gewerbegebietes sehr gestiegen, so dass ein Antrag auf Förderung des kommunalen Gewerbegebietes gestellt werden soll.

2. *Die Verwaltung beantragt Fördermittel für den Umbau eines Teilbereichs der GS Neustadtgödens zu einer KiTa beim Landkreis aus der Kreisschulbaukasse.*

Die Maßnahme wird fast vollständig aus Mitteln des KIP (Kommunales Investitionsprogramm) finanziert. Für den Restbetrag prüft die Verwaltung ein Darlehen aus der Kreisschulbaukasse.

3. *Die Verwaltung beantragt beim Landkreis die Übernahme des Kostenanteils der Gemeinde für die Bahnverlegung mit der Begründung der überregionalen Bedeutung des Vorhabens.*

Der Kostenanteil der Gemeinde beträgt 580.000,00 €, ein entsprechender Antrag liegt schon beim Landkreis vor, erklärte der Bürgermeister.

4. *Die Verwaltung beantragt das Vorziehen der Zahlung des Landes für die Bahnverlegung aus dem NGVFG.*

Es handelt sich um einen Zuschuss in Höhe von 218.000,00 €, der

erst in 2020 ausgezahlt werden soll.

5. *Die Verwaltung veranlasst die Anpassung des Konzepts des JZ auf die personelle Ausstattung mit 2,77 VZ-Stellen.*

Eine entsprechende Beschlussvorlage liegt unter TOP 6 vor.

6. *Die Verwaltung reduziert die Aktivitäten in der Verwaltung für die „Tourismusförderung“ auf den Umfang einer VZ-Stelle.*

Eine entsprechende Beschlussvorlage liegt unter TOP 8 vor.

7. *Die Bezuschussung der Vereine für die Beschaffung von „wertbeständigen Gegenständen“ und die Durchführung von „Fahrten und Lager“ sowie der Sockelbetrag (50 €) wird ab dem HH-Jahr 2018 gestrichen.*

Dies würde eine Einsparung von ca. 2.500,00 € bedeuten.

8. *Die Verwaltung erstellt eine Nutzungsstatistik für alle DGH und veranlasst die Erarbeitung von Nutzungskonzepten durch ortsteilbezogene Arbeitskreise, an denen der Siedlerbund, die Bürgervereine und der Heimatverein beteiligt werden sollen.*

Hierbei sollen alle möglichen Veranstaltungsräumlichkeiten berücksichtigt werden. Das Prüfungsergebnis im Hinblick auf die Zukunft der DGH ist hierbei offen.

9. *Die Verwaltung veranlasst die Prüfung auf Bewohnbarkeit des Wohntraktes auf „Gut Altmarienhausen“.*

Dies ist bereits durch die Verwaltung veranlasst worden.

10. *Die Verwaltung veranlasst die Kostenschätzung einer Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtkörper.*

Hierzu muss die Verwaltung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aufstellen, die Höhe des Aufstellungsaufwands für die Umrüstung und die mögliche Einsparung müssen ermittelt werden. Diese Umrüstung könnte schrittweise über mehrere Jahre (5 Jahre) erfolgen.

11. *Der Bürgermeister entwickelt einen Maßnahmenkatalog zur Optimierung der Struktur und der Abläufe in der Verwaltung auf der Grundlage der Ergebnisse der Org.-Untersuchung einschl. eines Zeitplans für die Überführung in eine Struktur mit zwei Fachbereichen.*

Der Bürgermeister verwies auf die aktuelle Beschlusslage, wonach letzteres erst nach Ausscheiden eines Fachbereichsleiters erfolgen soll. Darüber hinaus oblägen organisatorische Maßnahmen dem Hauptverwaltungsbeamten.

12. *Zur Entlastung des Bauhofs im Bereich „öffentliches Grün“ bereitet*

die Verwaltung unter Einbeziehung des Siedlerbundes (Verband Wohneigentum), der Bürgervereine und des Heimatvereins eine Initiative mit dem Ziel vor, die Pflege öffentlicher Grünflächen vermehrt in die Hände von Nachbarschaften zu legen.

Hierbei steht ein Personalabbau nicht zur Debatte. Diese Maßnahme geht aber eher in Richtung Stärkung des Gemeinwesens, als das dadurch eine Kostenersparnis erfolgen würde, meinte ein Ausschussmitglied.

Die Anträge der SPD-Fraktion erhielten die allgemeine Zustimmung des Ausschusses. Sie sollen in den nächsten Fachausschusssitzungen beraten werden.

Außerdem stellte die SPD-Fraktion verschiedene Prüfaufträge an die Verwaltung.

- 1. Die Verwaltung prüft unter Einbeziehung des GSB die Verfügbarkeit und Eignung von Räumlichkeiten im Bereich „Bünting Halle“/Berliner Straße zur Aufnahme des Jugendzentrums.*

Wenn dies zu einem positiven Ergebnis führt, könnte das Jugendzentrum verkauft oder verpachtet werden.

- 2. Die Verwaltung prüft die Verkaufsoption des ehemaligen „Bürgerhauses“, auch unter der Bedingung der Kündigung des Pachtvertrages.*

Das Gebäude könnte z. B. an eine gemeinnützige Einrichtung verkauft werden. In diesem Zusammenhang informierte der Bürgermeister darüber, dass der Pachtvertrag mittlerweile vom Pächter gekündigt wurde.

- 3. Die Verwaltung prüft eine Ausweitung des Angebots der Sozialstation anhand des feststellbaren Bedarfs.*

Die CDU-Fraktion meinte, dann würde die Sozialstation möglicherweise in Konkurrenz zu anderen Betrieben treten. Von anderer Seite wurde die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips angemahnt.

- 4. Die Verwaltung prüft die Kosten der Sportförderung einschl. der Hallen und Spielflächen.*

Der Aufwand für pflegerische Maßnahmen beträgt 8.500,00 €.

- 5. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit zur Gründung eines Vereins zur Bibliotheks-/Kulturförderung mit dem Ziel, die Sachkosten zu verringern.*

- 6. Die Verwaltung prüft neben den schon beschlossenen Maßnahmen*

weitere Möglichkeiten, bisher defizitäre Veranstaltungen zu optimieren.

7. *Die Verwaltung prüft die Verkaufsoption des Kiosks am Sander See (ohne öffentl. Toiletten).*

Hier besteht noch weiterer Klärungsbedarf, da das Gebäude auch die Umkleide, Toiletten und den Raum für die Badeaufsicht umfasst.

Die Prüfanträge der SPD-Fraktion erhielten bis auf Punkt 3 die allgemeine Zustimmung des Ausschusses. Die Verwaltung erhielt entsprechend den Auftrag, diese Punkte zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Veräußerung der Hofstelle Altmarienhausen**
Vorlage: 070/2017

Die CDU-Fraktion kritisierte, dass der Beschlussvorschlag entgegen ihrem Antrag als Ablehnung formuliert wurde.

Auch würde eine finanzielle Übersicht oder eine Darstellung der Kosten hier fehlen (Welchen Verkaufserlös könnte man erzielen bzw. gäbe es potentielle Käufer?).

Die Verwaltung hielt eine Veräußerung der gesamten Hofstelle bei der derzeitigen Nutzung keinesfalls für möglich. Die Veräußerung des Wohntrakts alleine wäre eine Möglichkeit.

Die Verwaltung soll versuchen, mögliche Verkaufserlöse für die gesamte Hofstelle zu ermitteln. Hierzu wäre aber ein Gutachten nötig, das weitere Kosten verursachen würde.

Die Entscheidung über eine Veräußerung der Hofstelle Altmarienhausen wurde vertagt.

6. **Rückführung der personellen Ausstattung des Jugendzentrums**
(Wiederbesetzungssperre)

Nach Ausscheiden eines Mitarbeiters des Jugendzentrums Sande soll diese Stelle nicht wieder besetzt werden und aus dem Stellenplan gestrichen werden.

Beschlussvorschlag:

Die personelle Ausstattung des Jugendzentrums Sande wird von 3,77

Stellen auf 2,77 Stellen reduziert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Überführung der Seniorenarbeit zu ehrenamtlicher Tätigkeit - Kooperation mit der evangelischen Kirche prüfen**

Die CDU-Fraktion betonte, dass nicht die Reduzierung des Personals beabsichtigt sei. Die Mitarbeiter für die Seniorenarbeit sollten dann andere Tätigkeiten im Bereich der Verwaltung übernehmen.

Dies umzusetzen, sah die Verwaltung als problematisch an.

Die Überführung in die ehrenamtliche Tätigkeit sollte schrittweise geschehen.

Die SPD-Fraktion hielt eine Überführung der Seniorenarbeit zu ehrenamtlicher Tätigkeit eher für schwierig.

Die Gruppe Grüne/FDP meinte, dass die Seniorenarbeit in Sande gut und vielfältig wäre (Sportvereine, Bürgervereine, Kirche). Es sollte schon längere Zeit einen „Runden Tisch“ für die Seniorenarbeit geben.

Man kam im Ausschuss überein, über eine schrittweise Überführung der Seniorenarbeit ins Ehrenamt zunächst im Fachausschuss zu beraten und auch einen „Runden Tisch“ zu diesem Thema abzuhalten.

8. **Reduzierung der Verwaltungstätigkeit im Bereich Tourismus und Kultur**
Vorlage: 072/2017

Die CDU-Fraktion beantragte eine Reduzierung der Verwaltungstätigkeit im Bereich Tourismus und Kultur auf eine Stelle, wobei die Qualität der Arbeit in keiner Weise kritisiert werden sollte. Aber dies wäre finanziell so nicht tragbar. Daher stellte die CDU-Fraktion einen entsprechenden Prüfantrag an die Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob die Aufgabenverteilung so geändert werden kann, dass die Verwaltungstätigkeit im Bereich Tourismus und Kultur auf eine Stelle reduziert wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Nutzung der freiwerdenden Arbeitskraft zur Deckung der 2,5 Fehlstellen - Reorganisation der Verwaltung**

Die CDU-Fraktion meinte, dass die Deckung der Fehlstellen durch die Reduzierung der Aufgaben in den Bereichen Tourismus und Seniorenarbeit (siehe TOP 7 und 8) erreicht werden könnte. Die Größe der Kernverwaltung sollte erhalten bleiben.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass dies bei der Vielfalt der Aufgaben und deren Verteilung ein schwieriger Prozess und so pauschal nicht umsetzbar wäre.

Der Bürgermeister erläuterte, dass die Betrachtung der Struktur der Verwaltung einen ständigen Prozess darstellt, um die Aufgabenerledigung zu gewährleisten. 2,5 VZÄ sind hiermit nicht ohne weiteres zu kompensieren.

10. **Abschaffung defizitärer Veranstaltungen**
Vorlage: 071/2017

Die SPD-Fraktion hielt sowohl den „Sander Markt“ als auch „Weihnachtliches Altmarienhausen“ für wichtige Veranstaltungen, die obwohl sie defizitär sind, beibehalten werden sollten. Die Defizite müssten reduziert oder ausgeglichen werden.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass der Arbeitskreis Veranstaltungen die Erhebung von Eintrittsgeld bei „Weihnachtliches Altmarienhausen“ abgelehnt hatte.

Über diesen Punkt soll im Arbeitskreis Veranstaltungen weiter beraten werden.

11. **Einführung von Parkplatzgebühren am Bahnhof zur Deckung des laufenden Unterhalts**
Vorlage: 067/2017

Die SPD-Fraktion verwies auf die Sitzungsvorlage 173/2016, die dem Beschlussvorschlag beilag, hier war die Erhebung von Parkplatzgebühren mehrheitlich abgelehnt worden.

Neben der CDU-Fraktion sprach sich die Gruppe Grüne/FDP immer noch

dafür aus, Gebühren zur Deckung der Betriebskosten zu erheben, da der Parkplatz sehr gut angenommen werde.

Aufgrund der Position der Mehrheitsfraktion wurde von einer Abstimmung abgesehen.

12. Erarbeitung eines Leistungskatalogs zur Auftragsvergabe (z. B. Winterdienst, Rasenpflege etc.)
Vorlage: 069/2017

Gerade beim Winterdienst spielt die Verkehrssicherungspflicht eine wichtige Rolle, dies müsste vertraglich genau festgelegt werden.

Die SPD-Fraktion steht einer Fremdvergabe eher skeptisch gegenüber.

Bei den Schlegelarbeiten an Bermen und Rasenkanten, den Mäh- und Schlegelarbeiten an Rasenflächen und beim Winterdienst soll die Verwaltung die Möglichkeiten einer Fremdvergabe überprüfen, auch im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht.

Beschlussvorschlag:

Den oben aufgeführten Vorschlägen der Verwaltung zur Prüfung einer Fremdvergabe von Bauhofsleistungen wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Betrieb der Bibliothek einschränken
Vorlage: 064/2017

Die SPD-Fraktion möchte im Bereich der Bibliothek keine Einschnitte vornehmen, da sie im Rahmen der Bildung eine sehr wichtige Aufgabe übernehme.

Es wurde beantragt, diesen Punkt zunächst mit den im Beschlussvorschlag aufgeführten Alternativen zur weiteren Beratung an den Fachausschuss zu geben. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.

14. Betriebsmodell Sozialstation
Vorlage: 066/2017

Die CDU-Fraktion könnte sich vorstellen, die Sozialstation an einen gemeinnützigen Träger zu überantworten, ohne die sehr guten Leistungen, die von der Sozialstation erbracht werden, in Frage zu stellen. Jedoch würde dann auch die zusätzliche Arbeit, die die Kernverwaltung für die Sozialstation erbringt, wegfallen.

Dem stimmte die Gruppe Grüne/FDP zu.

Beschlussvorschlag:

Das Betriebsmodell der Sozialstation Sande – Ambulanter Pflegedienst – wird unverändert weiter geführt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

**15. Entscheidung über die Betriebsform der Kläranlage
Vorlage: 068/2017**

Die CDU-Fraktion schlug vor, noch einmal über die Betriebsform der Kläranlage und die Übergabe dieser z. B. an den OOWV nachzudenken.

Da die Kläranlage noch nicht endgültig fertiggestellt bzw. bilanziert ist, kam man überein, dass eine Entscheidung über die Betriebsform erst nach der endgültigen Fertigstellung getroffen werden kann und dieser Punkt zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dies entspricht auch der derzeitigen Beschlussfassung.

16. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Die Verwaltung teilte mit, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 vom Landkreis Friesland genehmigt wurden.

Die Genehmigungsverfügung wird im Anhang bekanntgegeben.

Schluss der Sitzung: 19:42 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin